

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckerschrift: Nachrichten Dresden
Vertriebsnummer: 25 241
Preis für Nachgelieferte: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Januar 1928 bei tagl. zweimaliger Auslieferung frei Haus 1,50 Mk.
Vollbezugspreis für Monat Januar 4 Mark ohne Zustellungsgebühr.
Einzelnummer 10 Pfennig
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die empfangliche so mm breite Seite 25 Pfg. für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., anserhalb 25 Pfg., die so mm breite Reklamseite 200 Pfg., ausserhalb 250 Pfg. Obergrenze für die landwirtschaftlichen Interessen angegeben werden kann.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstellen
Marienstrasse 38/42
Druck u. Verlag von Vieh & Reichardt in Dresden
Postfach-Konto 1088 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Jeden Sonnabend Gesellschafts-Abend Europahof
Jeden Nachmittag 5 Uhr Tanztee

Gröner der Vertrauensmann Hindenburgs.

Politische Bedenken der Rechtsparteien. — Aber sie fügen sich dem Reichspräsidenten.

Warum Gröner Wehrminister wurde.

(Zusammenfassung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 19. Januar. Die Ernennung des neuen Reichswehrministers hat vielfach überrascht, weil man allgemein doch damit gerechnet hatte, daß bis zur Bestellung eines Nachfolgers für den scheidenden Dr. Wehler noch einige Zeit vergehen würde. Eine Beantwortung der Frage, welche Gründe für die rasche Entschlebung der maßgeblichen Stelle, also des Reichspräsidenten v. Hindenburg, in Betracht kamen, ist daher nicht ohne Interesse. Der Reichspräsident ging zunächst von dem Standpunkte aus, daß das einzige Nachinstrument, das uns durch den Versäler Friedensvertrag verblieben ist, doch so wertvoll sei, als daß es zum Janus des Parteien werden dürfe. Bei dieser Erwägung wurde auch nicht außer acht gelassen, daß

Rahbgerichte um die Belegung eines Ministeriums,
In parlamentarischen Systemen ist es leider zu einer allfälligen Erscheinung geworden, in diesem Falle schwere Gefahren in sich geborgen hätten, weil sie den Wehrern der Wehrmacht auf der Linken leicht hätten Gelegenheiten bieten können, der Verwirklichung ihrer Ziele näherzukommen. Einen Streit um die Frage, welche der Regierungsparteien den berechtigteren Anspruch auf das Wehrministerium habe, wollten nicht nur der Reichspräsident, sondern auch die Regierungsparteien selbst vermeiden wissen. All das veranlaßte den Reichspräsidenten zum schnellen und entschlossenen Handeln.

Zu diesen Gründen traten aber noch solche, die mehr militärischer Natur sind. Die Verdienste, die sich Dr. Wehler um die Reichswehr erworben hat, werden durch die Feststellung nicht verkleinert, daß der aus dem Justiz- und Verwaltungsdienst kommende Parlamentarier die Arbeit, für die ihm das deutsche Volk hohen Dank zollt, nicht hätte leisten können, wenn er nicht in dem General v. Seeckt einen Helfer von allerersten Qualitäten gefunden hätte. Mit seinem Abgang verlor das Reichswehrministerium den überragenden militärischen Fachmann. Mit dem jetzt erfolgten Scheiden Dr. Wehlers wäre diese Lücke vergrößert worden, wenn an die Spitze des Ministeriums ein Parlamentarier hätte treten sollen, der sich langsam und mühselig in die militärischen Dinge erst hätte einarbeiten müssen. Der Vorschlag, dem Wehrministerium als Leiter einen Fachmann zu geben, der in jahrzehntelanger militärischer Arbeit herangereift ist, wurde daher vom Reichspräsidenten begrüßt.

Daß seine Wahl auf den General Gröner fiel, ist darin begründet, daß der Reichspräsident den General Gröner persönlich kennt und schätzt, daß er ihn nach seinen Leistungen in jeder Hinsicht zur Leitung des Wehrministeriums geeignet hält und daß er glaubt und hofft, daß Gröner, ähnlich wie sein Vorgänger, für lange Zeit wird Wehrminister sein können, ohne das Geschick wechselnder Kabinette teilen zu müssen.

Schließlich glaubte der Reichspräsident bei der Wahl Grönners damit rechnen zu können, daß sich die Parteien von rechts bis links mit ihm ohne Protest abfinden würden. Von den Parteien haben sich allerdings die Rechtsparteien, insbesondere die Deutschnationale Volkspartei mit der Ernennung Grönners nur zögernd einverstanden erklärt. Hierfür ist ein Grund der, daß der neue Wehrminister durch sein Verhalten in früheren Angelegenheiten den Absichten des nationalen Bürgeriums zuwider gehandelt hätte, und der andere, daß man fürchte, er könnte im Kabinett zusammen mit den „Linken“ darstellen. Reichspräsident v. Hindenburg hat diese Bedenken jedoch nicht als so gewichtig angesehen, um sich durch sie von der Ernennung Grönners abhalten zu lassen. Der neue Reichswehrminister wird, diese Aufgabe hat er dem Reichspräsidenten gegeben, die Reichswehr in dem Geiste zu leiten, den der Reichspräsident wünscht.

im Geiste der Vaterlandsliebe und der Pflichterfüllung.

In einem Geiste, der kein Geist der Parteien ist. Wenn daher heute die Linkspresse den Glauben ausdrückt, daß Gröner der Mann ihrer „Reformen“ sei, daß er aus der Reichswehr etwas anderes als eine „neuliche Traditions-Kompagnie des alten Staates“ machen werde, so wird sie sich gewiß enttäuscht sehen.
Auch die Behauptung, daß unter Grönners Mitarbeit im Reichskabinett etwa die Interessen der Landwirts-

schaft zu kurz kommen könnten, die insbesondere von den landwirtschaftlichen Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei gehegt wurde, dürfte nach dem, was über die von dem neuen Wehrminister dem Reichspräsidenten v. Hindenburg gegebenen Zusagen bekannt wird, nicht begründet sein. Nach diesen Zusagen soll der neue Reichswehrminister bei seiner Mitwirkung an den allgemeinen Kabinettsarbeiten eine Haltung einnehmen, die als wohlwollend für die landwirtschaftlichen Interessen angesehen werden kann.

Eine Erklärung der Deutschnationalen

steht dennoch ausdrücklich fest, daß sie sich mit der Ernennung Grönners nicht einverstanden erklärt hätten. Es heißt darin:

„Es sind Bedenken politischer Art geltend gemacht worden. Die Ernennung erfolgt aber nach der Verfassung durch den Herrn Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichskanzlers. Die deutschnationale Reichstagsfraktion erkennt das Recht des Herrn Reichspräsidenten, gerade auf dem Gebiete der Wehrmacht selbständige Entschlelungen zu fassen, in vollstem Maße an. Das entspricht der zuteil in der Entschlelung vom 7. Dezember festgelegten grundsätzlichen Auffassung von der Bedeutung der Stellung des Reichspräsidenten im Sinne des Führergedankens. Da Herr General Gröner der Mann des Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten ist, stellt die Partei ihre Bedenken zurück.“

Auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat dem Reichskanzler durch ihren Vorstand das Bestehen der Deutschen Volkspartei über Grönners Ernennung zum



General a. D. Gröner.

Ausdruck bringen lassen. Aber auch sie hat sich mit der vom Reichspräsidenten getroffenen Entscheidung abgefunden, zumal der Reichspräsident selbst erklärt hat, daß er die von der Volkspartei vorgebrachten sachlichen Einwendungen als nicht stichhaltig bezeichnen könne.

Die Parteien legen sich im übrigen in der Beurteilung des neuen Wehrministers noch Zurückhaltung auf, da sie erst seine programmatischen Erklärungen, die er im Reichstag bei Beratung des Wehretats abgeben wird, abwarten wollen. Es kann für den neuen Wehrminister leicht sein, die Bedenken, die auch jetzt noch gegen ihn geübt werden, zu zerstreuen. Das deutsche Volk wird von seinem verehrten Reichspräsidenten jedoch annehmen können, daß seine Hand, die viele Jahre lang deutsches Land vor dem Feinde schützte und die jetzt seinen Aufstieg leitet, keinen Fehltriff getan hat. Und so möge in Bewusstheit seiner Verantwortung der neue Wehrminister sein Amt so führen, wie es den Lebensinteressen der deutschen Nation entspricht.

Gröner beim Reichspräsidenten.

Berlin, 19. Jan. Der Herr Reichspräsident empfing heute nachmittag den neuernannten Reichswehrminister Gröner.

Mitteldeutschland.

Der sächsische Ministerpräsident Heldt hat in seinem Referat auf der Länderkonferenz auch die mitteldeutsche Frage, die in den Beziehungen zwischen Reich und Ländern ein Kapitel für sich bildet, kurz gestreift, um durch die von Preußen beliebte Behandlung dieser Frage zu zeigen, wie wenig Rücksicht der führende Bundesstaat auf die berechtigten Interessen der anderen Länder, und in diesem Falle besonders Sachsens, zu nehmen pflegt. Die um den Begriff Mitteldeutschland gruppierten Wirtschaftsbelange sind so bedeutend, daß die Ausschüsse der Länderkonferenz an der Erörterung und gründlichen Durchsprung auch dieses Problems nicht werden vorübergehen können. Die moderne Wirtschaft strebt nach großen einheitlichen Produktionsbezirken. Durch Fusionen werden vor allem die Rohstoffe Eisen und Kohle bis zum Endfabrikat erfasst und auf dieser Grundlage sogenannte Wirtschaftsprövinzen geschaffen, d. h. im Konkurrenzkampf verhältnismäßig selbständig dastehende Gebiete, die wenig mehr auf fremde Betriebe angewiesen sind. Es ist allgemein bekannt, wie Hüttenbetriebe sich Bechen angliedern, wie sie selbst die Versorgung mit elektrischer Kraft und ihre Erzeugung für weite Gebiete übernehmen, wie sie Walzwerke an sich anschließen und auch die Verarbeitung der hauptsächlichsten Nebenprodukte der Kohle in eigener Regie vornehmen. So entstehen immer mehr Hochburgen im Wirtschaftskampfe, die sich mit allem wesentlichen selbst versorgen. Solche großen Wirtschaftsprövinzen müssen natürlich kleine und kleinste politische Grenzen, die ohne jede Anpassung an die umfassenden Bedürfnisse ausgedehnter einheitlicher Produktionsgebiete verlaufen, als schwere Hemmnisse empfinden. In ähnlicher Lage befindet sich die Wirtschaft des mitteldeutschen Gebietes, das eine natürliche Produktionsseinheit bildet. Ueber die inneren Zusammenhänge und die Größe des mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes, das den Freistaat Sachsen, die Provinz Sachsen sowie Thüringen, Anhalt und Braunschweig umfaßt, sind im Auftrage der Leipziger Handelskammer eingehende Studien gemacht worden. Von Rohstoffen ist für Mitteldeutschland besonders die Braunkohle wichtig, auf der in zunehmendem Tempo eine neue deutsche Großindustrie entsteht, die für die deutsche Gesamtwirtschaft ebenso bedeutsam zu werden verspricht wie die rheinisch-westfälische Steinkohle. Auf der Braunkohle beruht u. a. die große chemische Industrie, die in gewaltigem Ausmaße sich in Mitteldeutschland entwickelt hat. Daneben ist Mitteldeutschland einschließlich Sachsens das erste Gebiet Deutschlands für die verarbeitende Fertigungsindustrie. Es ist daher auch kein Zufall, daß die Leipziger Messe ständig einen so hervorragenden Rang behauptet hat, sondern das liegt daran, daß sie das große industrielle Hinterland hatte mit der Textilwaren-, der Spielwaren- und der Holzwarenindustrie. Ferner hat ein großer Teil der Metallindustrie, die von erheblicher Bedeutung für die deutsche Ausfuhr ist, in Mitteldeutschland seinen Sitz. Von den gesamten gewerblichen Betrieben Deutschlands befinden sich 19 Prozent in Mitteldeutschland.

Unter dem Druck dieser wirtschaftlichen Zusammenhänge ist die mitteldeutsche Frage im Vorjahre der Gegenstand mehrfacher bemerkenswerter Rundgebungen gewesen. Zunächst führte der Landtag der Provinz Sachsen eingehende Verhandlungen über die Befreiung innerstaatlicher Schranken im mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet, und im Anschluß daran hielt der Landeshauptmann der Provinz Sachsen, Geh. Regierungsrat Dr. Hübener, zwei vielbeachtete Reden über daselbe Thema und gab außerdem eine Denkschrift, betitelt „Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit“, heraus. Zu Ende des Vorjahres fanden dann diese verschiedenen Befreiungen der Frage lebhaften Widerhall in der Leipziger Stadtverordnetenversammlung, und zwar vom besonderen Standpunkte Sachsens und Leipzigs aus, auf Grund eines Dringlichkeitsantrages, der auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Verwaltung des mitteldeutschen Gebietes mit seinem Mittelpunkt Leipzig hinwies und den Rat beauftragte, dafür zu sorgen, daß die Leipziger Bevölkerung bei der Neugestaltung der Verwaltung dieses Wirtschaftsgebietes von vornherein im Sinne der Reichsverfassung entscheidend mitwirken könne. Bei der Besprechung des Antrages kam deutlich die Befürchtung zum Ausdruck, daß Sachsen und Leipzig bei den preussischen Bestrebungen zur Schaffung einer mitteldeutschen Verwaltungseinheit beiseite gelassen werden sollten, und daß man von preussischer Seite darauf ausgehe, die wirtschaftlichen Verhält-